

Offshore-Windenergie: Vorschläge für den Koalitionsvertrag

Offshore-Windenergie ist eine förderfreie, technisch ausgereifte und grundlastnahe Erneuerbare-Energien-Technologie. Die Wertschöpfungskette ist etabliert und die Erzeugungsform ist vollständig in den Markt integriert. Sie trägt zur Versorgungssicherheit bei, reduziert Abhängigkeiten von Energieimporten und senkt gleichzeitig Folgekosten durch die Kombination mit zusätzlichen Flexibilitäten im System. Zur Dekarbonisierung der Industrie wird grüner Strom benötigt – Offshore-Windenergie ist dafür einer der verlässlichsten Volumenträger.

Offshore-Windenergie wird daher auch künftig ein zentraler Bestandteil unserer Energieversorgung sein. Mit der notwendigen Infrastruktur bietet der Ausbau der Offshore-Windenergie in Europa zudem enorme Chancen für die deutsche Wirtschaft - insbesondere im Anlagen- und Maschinenbau. Deutschland ist weltweit einer der attraktivsten und innovativsten Märkte für Investitionen in Offshore-Windenergie, das wollen wir erhalten und ausbauen:

- Wir werden die gesetzlich festgelegten Ziele beibehalten. Dies stärkt das langfristige Vertrauen der Investoren in den Standort Deutschland und schafft die Grundlage für zukunftssichere Jobs entlang der gesamten Wertschöpfungskette.
- Wir werden die Flächenplanung optimieren und am Ertrag ausrichten, um die Kosteneffizienz des Ausbaus zu steigern und weiterhin eine wettbewerbsfähige Stromerzeugung zu ermöglichen.
- Zur Behebung des Fachkräftemangels werden wir die Einwanderung von Fachkräften und die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen weiter vereinfachen sowie die Visa-Prozesse digitalisieren.
- Zur Stärkung der Infrastruktur werden bis 2030 jährlich 400 Millionen Euro aus den Einnahmen der Ausschreibungen für Offshore-Windenergie in den Ausbau der Häfen und Hinterlandanbindungen investiert.
- Damit Offshore-Windprojekte in Europa auch zu wirtschaftlicher Wertschöpfung in Europa führen, fördern wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und sorgen mit unserer Industriepolitik für international wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen.
- Wir werden die Zuständigkeitsfragen hinsichtlich der Rettungsinfrastruktur auf See im Einvernehmen mit den Bundesländern klären. Dies erhöht die Sicherheit der Arbeitnehmenden und stärkt die Rechtssicherheit für Betreiber von Offshore-Windparks.
- Wir werden die Finanzierung der Ausbauziele im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften auf Basis von zweiseitigen Differenzverträgen und PPAs sicherstellen sowie die qualitativen Kriterien weiterentwickeln.

- Wir werden die Laufzeiten von Offshore-Windparks und Netzanbindungssystemen verlängern, insofern der weitergehende Betrieb technisch möglich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist.
- Wir werden die begonnene Umsetzung der RED III umgehend zu Ende führen und so Rechtssicherheit für die Entwickler von Offshore-Windparks schaffen. In diesem Zusammenhang werden wir trotz europarechtlich bedingter Streichung der Umweltverträglichkeitsprüfung die Möglichkeit zur freiwilligen Einreichung von Umweltunterlagen durch die Entwickler erhalten.
- Wir werden die Kohärenz zwischen dem NIS2-Umsetzungsgesetz und dem Cybersicherheitsstärkungsgesetz sowie dem geplanten Gesetzentwurf sicherstellen. Unser Ziel ist es, Unternehmen durch klare Vorgaben die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern. Dazu zählen eine einheitliche Terminologie, klare Meldepflichten und eine europaweit abgestimmte Standardisierung und Harmonisierung. Gleichzeitig werden wir Doppelmeldungen bei verschiedenen Behörden vermeiden und regulatorische Sicherheitslücken schließen.
- Zum Schutz kritischer Infrastruktur schaffen wir klare Vorgaben, die zwischen sicherheitskritischen Komponenten und unkritischen Großkomponenten unterscheiden. Außereuropäische Komponenten werden nur zugelassen, sofern sie europäischen Sicherheits- und Nachhaltigkeitsstandards entsprechen.
- Wir werden die Genehmigungsverfahren für Offshore-Windprojekte vereinfachen, beschleunigen und den bürokratischen Aufwand weiter reduzieren, um den Ausbau der Offshore-Windenergie voranzutreiben und unsere Ziele im Bereich erneuerbarer Energien wirksam unterstützen.
- Wir evaluieren die oben beschriebenen Maßnahmen nach drei Jahren.

Für weitere Informationen zur Offshore-Windenergie in Deutschland steht der Bundesverband Windenergie Offshore jederzeit zur Verfügung.

Stefan Thimm

Geschäftsführer

S.Thimm@bwo-offshorewind.de

+49 (0) 176 38 87 2653

Hans Sohn

Stabsstelle Politik und Kommunikation

H.Sohn@bwo-offshorewind.de

+49 (0) 176 60 40 0625